

Protokoll über die Sitzung

des Gremiums: Beirat Blumenthal

am: 11.11.2013

**Ort: Mensa der Oberschule in den Sandwehen,
Neuenkirchener Weg 119, 28779 Bremen**

Beginn: 19.00 Uhr

Ende: 21:55 Uhr

Sitzungsteilnehmer:

Beiratsmitglieder:

**Peter Geis
Heiner Böcker
Dennis Klingenberg
Grete Klinkmüller
Gabriele Kröger-Schurr
Anke Krohne
Karen Nieschlag
Andreas Pfaff
Alex Schupp
Eike Schurr
Ralf Schwarz
Helma Stitz
Hans-Gerd Thormeier**

Es fehlten:

**Nils Christahl
Sascha Humpe
Gisela Zimmermann**

Gäste

Guido Gulbins, Schulsozialarbeiter und Koordinator Schulsozialarbeit, Senatorin für Bildung und Wissenschaft

Jutta Riegert, Bürgerin Blumenthals, Antragstellerin „Essbare Stadt“

Ortsamtsleiter (OAL) Peter Nowack

Verwaltungsbeamter (Protokoll) Malte Wolpmann

Verwaltungsbeamtin Heike Rohde

Tagesordnung:

1. (19:00 Uhr) Begrüßung und Eröffnung; Genehmigung der Tagesordnung
2. (19:05 Uhr) Genehmigung der Protokolle der nicht öffentlichen Sitzung vom 07.10.2013 und der öffentlichen Sitzung vom 14.10.2013
3. (19:10 Uhr) Mitteilungen
 - a. aus dem Ortsamt
 - b. des Beiratssprechers
4. (19:20 Uhr) Wünsche und Anregungen aus dem Beirat
5. (19:30 Uhr) Bürger/Innen-Anträge; Fragen, Wünsche und Anregungen in Stadtteilangelegenheiten aus der Bevölkerung
 - a. Parkplatzsituation an der Rönnebecker Straße
 - b. "Unterliegt das Tanklager Farge der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (Anlagenverordnung – VawS)?"
 - c. "Unterliegt das Tanklager Farge der "Zwölften Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Störfall-Verordnung – 12. BImSchV)?"
 - d. "Besteht durch das Entlüften der Tanks des Tanklagers Farge ein gesundheitliches Risiko für die Schüler und das Schulpersonal der Oberschule "In den Sandwehen"?"
6. (19:40 Uhr) "Essbare Stadt" – Vorstellung des Bürgerantrages von Frau Jutta Riegert
7. (20:00 Uhr) Aktuelle Situation der Schulsozialarbeit in Blumenthal
dazu: Guido Gulbins, Koordinator Schulsozialarbeit (SfBW)
8. (20:40 Uhr) Beschlussfassungen
 - a. Flächennutzungsplanung – Beschluss über die Einleitung eines Verfahrens gemäß § 11 Absatz 1 Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter
 - b. B-Plan 1288 – Bestätigung des Beschlusses des Ausschusses für Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Umwelt vom 11. April 2013
 - c. Veränderung Auszahlungsrhythmus für Sitzungsgelder
9. (20:55 Uhr) Anfragen und Anträge der Parteien
 - a. SPD – Bibliothek Blumenthal in Stadtteilbibliothek integrieren
 - b. Die Linke – Antrag zu den öffentlichen Bücherregalen in Blumenthal
 - c. Die Linke – Anfrage zu den Kosten des Tanklagers Farge
 - d. Die Linke – Antrag für eine Carsharing-Station in Blumenthal
 - e. CDU – Blumenthal braucht keine Sozialquote für den Wohnungsbau
 - f. SPD – Antrag Entwicklung Bunker Valentin
 - g. CDU – Dringlichkeitsantrag – Sachstand zur möglichen Stilllegung Tanklager Farge
10. (21:10 Uhr) Verschiedenes

TOP 1**Begrüßung und Eröffnung, Genehmigung der Tagesordnung**

OAL Nowack eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden Bürger sowie Frau Riegert und Herrn Gulbin als Gäste. Außerdem bedankt er sich bei der Oberschule in den Sandwehen für die Unterstützung beim Aufbau der Technik.

Zur Tagesordnung gibt es Nachfragen.

Herr Schurr möchte wissen woher die Beschlussfassungen kommen, wer die Erstellung beantragt bzw. welches Gremium sie erarbeitet hat. Herr Nowack erklärt, dass die TOP 8b und c durch den KO in den Beirat eingebracht wurden. Top 8a wurde nach Diskussion im KO vom OAL formuliert und mit dem Beiratssprecher Herrn Geis, dem Sprecher des Koordinierungsausschusses, Herrn Schupp und stellvertretenden Beiratssprecher Herrn Schwarz abgesprochen. Weiter führt der OAL an, dass der Beiratssprecher per Gesetz eine herausgehobene Stellung im Beirat inne hat und im ständigen Austausch mit dem OAL steht. Des Weiteren sei es jeder Fraktion und jedem Einzelmitglied im Beirat möglich, Anträge zur Tagesordnung zu stellen.

Frau Kröger-Schurr weist darauf hin, dass es zum Top 8b weder ein Protokoll der Bauausschusssitzung noch sonstige Schriftstücke geben würde. Gleiches gilt für den beiratsinternen Bereich der Homepage des Ortesamtes. Frau Krohne bestätigt die Aussage von Frau Kröger-Schurr und teilt mit, dass sie sich jedoch am Mittag vor der Sitzung noch von Herrn Wolpmann ein Protokoll zuschicken lassen habe. Dies sei jedoch zu kurzfristig gewesen und müsse eher verteilt werden. Frau Rohde teilt daraufhin mit, dass dieses Protokoll bereits verteilt und in der Sitzung vom 26.08.2013 genehmigt wurde. Herr Schurr fragt noch einmal nach, warum es den nicht im internen Bereich zu finden sei. Der OAL sagt zu, dass es nachgeholt wird.

Die Tagesordnung wird mit 10 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

TOP 2: Genehmigung des Protokolls der nicht öffentlichen Sitzung vom 07.10.2013 und der öffentlichen Sitzung vom 14.10.2013

Ohne Aussprache werden beide Protokolle mit 10 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen genehmigt.

TOP 3: Mitteilungen

- a. aus dem Ortsamt
- b. des Beiratssprechers

a. Herr Nowack teilt folgendes mit:

- Der Verein Burg Blomendal e.V. hat mit dem Ortsamt über die Globalmittelvergabe 2013 verhandelt, nachdem es zu Verzögerungen bei der Umsetzung des beantragten Projektes gekommen ist. Der Verein hat daraufhin seinen Globalmittelantrag zurückgezogen, neu formuliert und erneut eingereicht. Es gab keine Veränderung des beantragten Zuschusses. **Der Koordinierungsausschuss hat dem neuen Antrag in seiner Sitzung am 04. November zugestimmt.**

Alle Organisationen, die Globalmittel beantragt und bekommen haben, werden gebeten, umgehend ihre Verwendungsnachweise einzureichen, falls es noch nicht geschehen ist

- Im Rahmen der Bekämpfung der Wohnungseinbruchkriminalität im Brennpunktgebiet Blumenthal, ist die Einrichtung eines temporären Präventionszentrums Blumenthal in der **Mühlenstraße 3** für den Zeitraum **vom 25. November bis 13. Dezember 2013** vorgesehen. Diese Maßnahme wird als Möglichkeit gesehen, gerade im Stadtteil Blumenthal eine erhöhte polizeiliche Präsenz zu zeigen und gleichzeitig präventiv gegen den Wohnungseinbruchdiebstahl vorzugehen. Für eine begrenzte zeitliche Dauer soll diese Einrichtung ein fester Anlaufpunkt für die Blumenthaler Bürger sein, vorwiegend mit der Möglichkeit, sich zu informieren und beraten zu lassen. Diese Beratungsstelle wird an **einem Nachmittag in der Zeit von 15.00 - 17.00 Uhr** und **einem Vormittag in der Zeit von 10.00 - 12.00 Uhr in jeder Woche** geöffnet sein. In dieser Zeit steht den Blumenthaler Bürgern ein kompetenter Ansprechpartner vom Polizeirevier Blumenthal zur Verfügung.
- Der Koordinierungsausschuss hat sich am Montag den 04.11.2013 auf die geplanten Termine für das Jahr 2014 verständigt.
Diese können aus der anliegenden Tabelle entnommen werden
- Für den Stadtteil Blumenthal gibt es neuerdings einen sogenannten Bildungsstadtplan dieser ist kostenlos und kann im Job-Center und anderen öffentlichen Einrichtungen in Blumenthal mitgenommen werden.

b. Herr Geis hat nichts zu berichten

TOP 4: Wünsche und Anregungen aus dem Beirat

Frau Krohne fragt zuerst nach dem Verkehrsgutachten und möchte wissen, ob der OAL in Erfahrung bringen konnte, ob der Auftrag bereits vergeben wurde, wenn ja an wen und wann mit einem Ergebnis zu rechnen wäre.

Als zweites möchte Frau Krohne wissen, ob man für das Verstecken von sogenannten „Geocaches“ im Stadtteil eine Genehmigung benötigen würde, da Bürger mit dieser Frage an Sie ran getreten seien.

Zu der ersten Frage führt der OAL, dass er am kommenden Freitag (15.11.2013) ein Gespräch hat, bei dem er Antworten zu dem Thema bekommen soll. Zu der zweiten Frage kann er so nichts sagen und wird deshalb bei der zuständigen Stelle nachfragen.

Herr Klingenberg fragt nach der Anfrage des Beirats vom 11.02.2013 an den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr bezüglich des ehemaligen Sportplatzes „Pürschweg“, da es bis zum heutigen Tag noch keine Antwort seitens des Senators gab. Herr Klingenberg regt an die Anfrage noch einmal an den Senator zu senden.

Der OAL erklärt, dass es vor acht Tagen ein Gespräch mit Immobilien Bremen gegeben hat und es noch Diskussionsbedarf gibt. Das Ortsamt sei aber an dem Thema dran und werde noch einmal nachhaken.

TOP 5: Bürger/Innen-Anträge; Fragen, Wünsche und Anregungen in Stadtteilangelegenheiten aus der Bevölkerung

- a) **Parkplatzsituation an der Rönnebecker Straße**
- b) **"Unterliegt das Tanklager Farge der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (Anlagenverordnung – VawS)?"**
- c) **Unterliegt das Tanklager Farge der "Zwölften Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Störfall-Verordnung – 12. BImSchV)?"**

d) Besteht durch das Entlüften der Tanks des Tanklagers Farge ein gesundheitliches Risiko für die Schüler und das Schulpersonal der Oberschule "In den Sandwehen"?

a. Parkplatzsituation an der Rönnebecker Straße

OAL Nowack erläutert den Bürgerantrag kurz und stellt klar, was in dem Antrag gefordert ist. Er fragt den Beirat ob irgendwelche Anmerkungen oder Unklarheiten bezüglich des Antrages vorliegen.

Frau Krohne gibt zu bedenken, dass die Fährnutzer auch irgendwo parken müssten und dies einer der wenigen kostenfreien Parkplätze im Stadtteil ist. Außerdem hätten die Geschäftsleute für ausreichend Parkplätze selbst Sorge zu tragen. In den Nebenstraßen seien darüber hinaus genügend Parkmöglichkeiten für die Kunden der Geschäfte vorhanden. Vor allem vor dem Hintergrund, dass es in Blumenthal kaum noch kostenfreie Parkplätze gebe, solle man eine Einschränkung der Parkzeit überdenken.

Herr Schwarz berichtet, dass er persönlich vor Kurzem in dieser Situation war und stellt klar, dass die CDU-Fraktion den Antrag unterstützt. Er schlägt vor werktags eine maximale Parkdauer von zwei Stunden in der Zeit von 07:00-18:00 Uhr einzurichten, die anhand einer Parkscheibe kontrolliert werden soll.

Frau Kröger-Schurr fragt, ob es nicht eine Regelung gibt, welche Parkplätze zu welchem Geschäft gehören, da die besagten Geschäfte auch teilweise zur Bürgermeister-Dehnekamp-Straße gehören und deshalb auch auf der Rückseite des Gebäudekomplexes Parkmöglichkeiten zu Verfügung stehen müssten. Sie schlägt vor das ASV bzw. das für Parkplätze zuständige Amt um Auskunft zu bitten.

Herr Nowack erläutert daraufhin, dass man in dem Antrag zur Eröffnung eines Gewerbes Parkplätze nachweisen müsse. Diese können entweder privater oder öffentlicher Natur sein. Wenn das Gewerbeaufsichtsamt den Antrag auf Eröffnung positiv bescheidet und man als Antragssteller auf die ausreichende Anzahl von öffentlichen Parkmöglichkeiten hingewiesen haben, gelten diese als Ihre Kundenparkplätze und es müssen keine privaten mehr zu Verfügung gestellt werden. Zu der Aussage von Frau Krohne erwidert der OAL, dass wenn es Arbeitnehmer sind, die auf der anderen Weserseite arbeiten, die Arbeitgeber auf der linken Weserseite dazu verpflichtet wären, ihren Angestellten Parkplätze auf dem Firmengelände anzubieten. Die Parkplätze an der Rönnebecker Straße seien öffentliche Parkplätze, die jeder Bürger nutzen dürfe und wenn dies durch eine ganztägige Belegung der Fährnutzer nicht möglich sei, müsse man sich nach Lösungen für dieses Problem umsehen.

Frau Krohne merkt an, dass die Arbeitnehmer der Fassmer-Werft auch froh sind, Arbeit zu haben und anscheinend auch in Blumenthal wohnen und hier ihre Einkommensteuer zahlen würden. Sollten sie diese verlieren, würden sie auch keine Einkommenssteuer in Bremen zahlen.

Der OAL weist darauf hin, dass auch etliche Autos mit OHZ-Kennzeichen auf besagten Parkplatz stehen würden, die ihre Einkommensteuer in Niedersachsen zahlen würden.

Herr Schurr stellt den Antrag, den Bürgerantrag in den Ausschuss für Bau, Verkehr und Stadtentwicklung zu verschieben.

Herr Schwarz stellt den Antrag, den Bürgerantrag im Beirat zu befürworten, mit dem Zusatz, dass das Amt für Straßen und Verkehr prüfen soll, ob eine Parkzeitbegrenzung zwischen 07 - 18 Uhr auf zwei Stunden, welche mithilfe einer Parkscheibe kontrolliert werden soll möglich wäre.

Der OAL stellt fest, dass der Antrag von Herrn Schwarz der weitergehende Antrag ist. Aus diesem Grund müsse über ihn zuerst abgestimmt werden.

Der Antrag wird in der von Herrn Schwarz abgeänderten Form mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen angenommen.

b. Unterliegt das Tanklager Farge der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (Anlagenverordnung – VawS)?

siehe unter 5d

c. Unterliegt das Tanklager Farge der "Zwölften Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Störfall-Verordnung – 12. BImSchV)"?

siehe unter 5d

d. Besteht durch das Entlüften der Tanks des Tanklagers Farge ein gesundheitliches Risiko für die Schüler und das Schulpersonal der Oberschule "In den Sandwehen"?

Herr Nowack erklärt, dass die Anträge unter Top 5b, 5c und 5d zusammen und ohne weitere Diskussion angenommen werden sollen, da es sich um ergänzende Anträge zum Thema „Tanklager Farge“ handelt. Ferner würde über das Tanklager auch in der morgigen Bürgerschaftssitzung entschieden.

Der OAL fragt ob diese Vorgehensweise für alle in Ordnung sei, oder ob es noch Diskussionsbedarf gibt.

Auf die Frage werden keine Einwände vorgetragen, sodass die Anträge mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen genehmigt werden.

Bürger C stellt den Kalender „Blumenthal Gestern“ vor, der in der Bücherstube Blumenthal für 15,50 € erstanden werden könne, wobei 1,50 € des Kaufpreises der Selbsthilfegruppe Leukämie zugutekomme. Als zweites spricht er die Budgetkürzungen bei Begegnungsstätten für Senioren an und erzählt von der Demonstration auf dem Bahnhofsvorplatz. Er bittet den Beirat darum, sich für den Erhalt der Begegnungsstätten im Beiratsgebiet Blumenthal einsetze.

Herr Nowack erinnert an den Beiratsbeschluss vom 14.10.2013, indem sich der Beirat einstimmig für den Erhalt einsetze und einstimmig beschlossen wurde.

Herr Schwarz möchte, dass dem Beirat eine Liste mit allen von Kürzungen betroffenen Einrichtungen im Land Bremen bekannt gegeben werde.

Bürger D fragt nach, ob es eine Antwort auf den Beschluss zu der Prüfung des Bodens im Tanklager Farge auf militärische Treibstoffadditive gebe und wenn ja, wo er nachgelesen werden könne.

Der OAL gibt Auskunft, dass vor einigen Tagen eine mehrseitige Antwort eingegangen sei, in der erläutert werde, was untersucht und weshalb bestimmtes nicht untersucht werde. Diese Antwort sei seines Wissens auf der internen Beiratsseite eingestellt worden. Öffentlich könne so etwas, aufgrund von datenschutzrechtlichen Bestimmungen, erst einmal nicht gemacht werden. Aktuell werde jedoch mit der Senatskanzlei geklärt, wie in Zukunft damit umgegangen werden soll, wenn es Veröffentlichungsanfragen gebe.

Bürger E fragt nach, ob der Beiratsbeschluss „Schließung des Tanklagers Farge“ an die BiMA weitergegeben wurde.

Der OAL verneint dieses und erklärt, dass dies nicht zu seinen Befugnissen gehöre. Er könne diese Beschlüsse nur an die jeweils zuständigen Senatorinnen bzw. Senatoren weitergeben.

Bürgerin A erkundigt sich, ob dem OAL die Immobilienpreisentwicklung, im Bezug auf die Schadstofffahne des Tanklagers bekannt sei.

Herr Nowack erklärt, dass auf die zweite Anfrage an die Senatorin für Finanzen keine Antwort mehr im Ortsamt eingegangen sei. Er werde aber noch einmal nachhaken.

TOP 6: „Essbare Stadt“ – Vorstellung des Bürgerantrags von Frau Jutta Riegert

Herr Nowack bittet Frau Riegert nach vorne und startet einen Filmbeitrag aus der 3sat Sendung „nano“, die über die „urbane Landwirtschaft“ berichtete. Es wurden 3 unterschiedliche Projekte in den Städten London, Andernach und Berlin vorgestellt.

Nach dem Filmausschnitt ging Frau Riegert auf das Projekt „Essbare Stadt“ aus Andernach ein. Dieses beinhaltet, dass auf freien öffentlichen Flächen anstatt Bäumen oder Blumen Nutzpflanzen angebaut werden, die teilweise von der Stadt, aber auch von Privatpersonen gepflegt werden. Wenn diese im Sommer ihre Früchte tragen, ist es jedem erlaubt, diese kostenfrei zu ernten und für den Eigenbedarf zu nutzen.

Frau Riegert erläutert weiter, dass Andernach mittlerweile von einer „sterbenden Stadt“ zu einem wahren Touristenmagnet geworden ist. Gleiches könnte man nun hier auch in Blumenthal anstreben. Außerdem wären die Nutzpflanzen auch günstiger als bereits vorhandene Zierpflanzen. Weiterhin könnte man durch das Projekt „Essbare Stadt“ mithilfe des ALZ Arbeitslosen eine Chance auf dem Arbeitsmarkt in Form von Qualifizierungsmaßnahmen anbieten. Dies Projekt würde Blumenthal nicht nur verschönern, sondern auch zu der Integration von Bürgern beitragen.

Herr Nowack erläutert noch einmal, dass über dasselbe Projekt bereits vor ungefähr 2 Jahren abgestimmt wurde, seitdem jedoch nichts passiert ist und auch seitens des Amtes für Straßen und Verkehr wurde wenig Bereitschaft geäußert, das Projekt zu unterstützen. Mit einem neuen Beiratsbeschluss soll nun versucht werden, das Projekt erneut anzuschieben und konsequenter voranzutreiben

Frau Kröger-Schurr stellt fest, dass es genug Flächen in Blumenthal gebe, nur müssten Leute gefunden werden, die sich für das Projekt einsetzen. Beispielsweise könnte man bei der Bahrsplate anfangen, da dort ja genug Fläche vorhanden sein solle. Man müsse es einfach versuchen und nicht nur reden.

Frau Stitz möchte gerne abgeklärt haben, auf welchen Flächen überhaupt Gemüsepflanzen angebaut werden könnten und wie die Besitzverhältnisse der möglichen Flächen aussehen.

Herr Nowack ermutigt die Bürger auch Vorschläge einzubringen, da sie sich am besten in „ihren Ecken“ auskennen würden.

Herr Schwarz schlägt vor an das zuständige Senatsressort einen expliziten Antrag auf ein Pilotprojekt mit dem ALZ zusammen zu stellen. Auch er sieht ausreichend Flächen in Blumenthal vorhanden (Bspw. Bahrspalte, Entlang der Weser, Bunker Valentin und Freibad Blumenthal).

Frau Krohne ergänzt, dass man auch die Wohnungsbaugesellschaften ansprechen solle.

Herr Thormeier stellt die Frage in den Raum, ob das Beantragen von Geld in der aktuellen Situation zielführend ist, wenn es noch kaum interessierte Bürger gibt. Daher plädiert er dafür, als Beirat Blumenthal einen öffentlichen Aufruf zu verfassen, dass interessierte Bürger sich bei Frau Riegert melden sollen. Erst danach könne man zusammen Flächen ausweisen, auf denen mit dem Projekt begonnen werden könne und welche Gemüseart angepflanzt werde.

Frau Kröger-Schurr schlägt vor man soll das ALZ kontaktieren. Das ALZ könne ein neues Projekt entwickeln und dann Globalmittel beim Beirat für dieses Projekt beantragen. Somit wäre ein gewisses Startkapital vorhanden. Hierbei müsse die Initiative jedoch vom ALZ kommen.

Herr Schupp erläutert, dass zuerst der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr und Immobilien Bremen in ihrem Bestand gucken müssen, welche Flächen im Blumenthaler Bereich zur Verfügung gestellt werden könnten. Weiter müsse auch darauf geachtet werden, dass die Bepflanzung in Wohnungsnähe geschehe, um die Wahrscheinlichkeit von Vandalismus zu reduzieren.

Herr Schurr ist der Auffassung, dass dieses Projekt nicht mit Globalmittel gefördert werden müsse, da es genügend andere Institutionen in Blumenthal, wie beispielsweise die Bürgerstiftung Blumenthal, geben würde, die dieses Projekt unterstützen könnten. Ferner unterstütze er die Ansicht von Herrn Thormeier, erst einmal mit dem Projekt zu beginnen.

Bürgerin A könne sich gut vorstellen, dass das Projekt auch etwas für die neue Quartiersmanagerin von Blumenthal, Frau Carola Schulz, wäre. Sie könne sich doch einmal mit Frau Riegert in Verbindung setzen. Sie sehe auch eine Möglichkeit von Bepflanzungen in den hinteren Grundstücken der George-Albrecht-Straße

Frau Riegert stellt noch einmal klar, dass es nicht möglich sei, einfach irgendwo auf einem Grundstück anzufangen zu graben und Gemüse zu pflanzen. Weiter sei sie im letzten Jahr durch Medien aufgefordert worden, einfach irgendwo etwas anzusäen. Für solche Aktionen sei sie aber nicht zu haben. Außerdem könnten die Pflanzen auch nur an Orten gepflanzt werden, die ihren klimatischen Bedingungen und Bodenverhältnissen entsprächen. Diese Fragen könne sie als Privatperson nicht klären und fordere daher das Ortsamt auf, dies zu tun.

Herr Thormeier schlägt vor, dass Frau Riegert die Fragen mit Herrn Behr, der für die Grünflächen zuständig sei, besprechen könne.

Bürger B befürwortet es, dass ein Bürger im Blumenthaler Beirat die Möglichkeit bekomme, ein Projekt vorzustellen. Diese Möglichkeit möchte er in naher Zukunft auch wahrnehmen. Als nutzbare Fläche komme ihm spontan das ehemalige BWK-Gelände in den Sinn, denn dort gebe es ebenfalls genügend altes Gemäuer.

Frau Krohne beantragt, dass das Ortsamt prüfen solle, ob die Realisierung des Projektes „Essbare Stadt“ in Blumenthal möglich sei und falls ja, in welcher Form und auf welchen Flächen. Die Erkenntnisse sollen dem Beirat dann mitgeteilt werden.

OAL Nowack erklärt, dass es bereits Vorgespräche gegeben hat, in denen Möglichkeiten erörtert wurden. Ein Ergebnis dieser Gespräche seien Qualifizierungsmöglichkeiten nach § 6e SGB II (*Förderung von Arbeitsverhältnissen*) zu erhalten. Diese besäßen eine Laufzeit von 2 Jahren. Man benötige jedoch einen Lohnzuschuss von ca. 6000 € pro Person und Jahr, denn eine Realisierung mit einem Privatunternehmen sei eher nicht möglich. Eine Anfrage an den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen sei bereits verschickt worden. Die restlichen Kosten würde das Jobcenter übernehmen. Das Ortsamt hat bereits intensiven Kontakt mit Herrn Ipach vom ALZ, um zu klären wie ein solches Projekt beschrieben werden

könne. Jetzt brauche man deshalb ein positives Beiratsvotum, um einen Versuch der Realisierung über dieses Projekt versuchen zu können.

Frau Krohne drängt darauf, dass alle Personen völlig freiwillig an der 1-Euro-Maßnahme teilnehmen sollen und nicht gezwungen werden.

Herr Nowack stellt daraufhin klar, dass die Qualifizierungsmaßnahmen nach § 16e SGB II nicht mit 1-Euro-Jobs zu tun hätten und es sich um geförderte Beschäftigungen handelt und er auch überhaupt nicht von 1-Euro-Jobs geredet hätte. Die angesprochenen Maßnahmen würden, sofern sie öffentlich angeboten werden nach dem Landesmindestlohngesetz mit 8,50 € die Stunde vergütet. An diesem Stundengehalt errechnet sich auch die zu fördernde Summe von 6000 € pro Jahr. Der OAL erinnert an den Bürgerschaftsbeschluss „Vernetzte Quartiersentwicklung in Blumenthal“ vom Dezember 2012, indem in einem Punkt „Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen“ festgeschrieben seien. Der Beirat müsse diesen Beschluss nun mit Leben füllen und Vorschläge unterbreiten, die dem Ortsamt in kommenden Gesprächen helfen können, die angestrebten Maßnahmen auch zu realisieren. Es müsse nämlich ein Projekt beschrieben werden, dessen Inhalt in Bremen nicht standardmäßig angeboten werde.

Herr Schwarz spricht sich für den Start des Projekts in Blumenthal aus.

Ergebnis: 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltung
Damit ist der Bürgerantrag angenommen

TOP 7: Aktuelle Situation in der Schulsozialarbeit in Blumenthal

dazu: Guido Gulbins, Koordinator Schulsozialarbeit (Senatorin für Bildung und Wissenschaft)

Herr Nowack führt in das Thema ein und stellt Herrn Gulbins kurz vor. Zudem erinnert er an den Beiratsbeschluss vom 10.06.13, indem sich der Blumenhalter Beirat gegen den Wegfall von Schulsozialarbeiterplätzen im Stadtteil ausspräche.

Zu Beginn stellt Herr Gulbins klar, dass er der Koordinator der flankierenden Schulsozialarbeit, die vor zwei Jahren der „etablierten“ Schulsozialarbeit zu Seite gestellt wurde, sei, jedoch auch gleichzeitig selbst Sozialarbeiter an der Gesamtschule Ost wäre. Er wäre nicht der Koordinator aller Schulsozialarbeiter im Land Bremen, sondern nur derer 50, die zusätzlich für zwei Jahre eingestellt worden wären. Er persönlich sei auch nicht Teil eines Entscheidungsgremiums gewesen, welches die Kürzungen beschlossen hätte und aus diesem Grund auch der falsche Ansprechpartner wenn es um Fragen gehen würde, warum und wieso gekürzt werde.

Herr Gulbins erklärt weiter, dass trotz der Beschlüsse der Beiräte die Stellen zum 01.01.14 von 50 auf 30 gekürzt und die verbliebenen 30 Schulsozialarbeiter nur bis zum Ende des Schuljahres weiterbeschäftigt werden würden. Grundlage dieser Kürzungen sei ein Sozialindikator, der von der Behörde definiert worden wäre, sodass nur Schulen, die den Faktor 4 erreichten ihren Schulsozialarbeiter behalten könne. Denn 2014 laufe die Anschubsfinanzierung des Bundes aus und Bremen könne eine Weiterfinanzierung nicht stemmen. In Blumenthal würden daher 5 Schulen ihren Schulsozialarbeiter verlieren:

- Borchshöhe
- Schönebeck
- Farge-Rekum
- Rönnebeck
- OS In den Sandwehen

Herr Gulbins gibt das Wort an seine Kolleginnen und Kollegen weiter, damit diese berichten von ihrer Arbeit berichten können und erläutern wie es ohne sie an den Schulen weitergehen solle.

Herr Oldenburg (OS Sandwehen), Frau Kruse (Tami-Oelfken-Schule) sowie Herr *Meierkord* (OS Sandwehen) berichten über die tägliche Arbeit und schildern die Probleme mit denen sie zu tun hätten (bspw. Mobbing, Zwangsheirat, Prügeleien und Schulverweigerung). Die Unterstützung der betroffenen Schüler würde entfallen, da Lehrer dies zeitlich nicht zusätzlich leisten könnten. Insbesondere da es einige Zeit dauert bis das Vertrauen der Schüler gewonnen werden würde.

Herr Nowack bestätigt, dass das Thema Schulsozialarbeit im Ortsamt und Beirat eine wichtige Rolle spiele und geht davon aus, dass der Beirat die Weiterführung von Sozialarbeit in einem Antrag an die Senatorin unterstützen würde.

Herr Schwarz erinnert an den bereits gefassten Beschluss und fragt weiter, ob eine Weiterbeschäftigung der Schulsozialarbeiter nicht über das „Projekt Kindeswohl“ denkbar sei

Frau Stitz schlägt vor, dass man den Senat auffordern solle Schulsozialarbeit weiter zu führen und eine Stelle pro Schule einzurichten.

Herr Gulbins bittet darum den Zusatz „unbefristet“ mit aufzunehmen. Überdies veranschaulicht er woher das Geld aktuell komme und durch welche Behörden es geschoben werde. Abschließend bittet er den Beirat die Senatorinnen für Finanzen sowie Bildung und Wissenschaft aufzufordern gemeinsam über die Zukunft zu entscheiden.

Bürger F teilt seine Erfahrungen als Mitglied des Arbeitskreises Schulsozialarbeit in der Bremischen Bürgerschaft mit und ihm und seinen Kollegen sei schon nach der Sitzung klar gewesen, dass Stellen gestrichen werden und nichts weiter passieren würde.

Bürger G schließt sich den Aussagen der Sozialarbeiter an und ist der Auffassung, dass diese dringend gebraucht würden und unverzichtbar seien

Herr Klingenberg schlägt vor, dass der Beirats die Bürgerschaftsfraktionen auffordern solle, dass Thema konsequenter zu verfolgen.

Bürgerin H unterstreicht den Bedarf und fordert mehr Nachhaltigkeit und Kontinuität von Politik und Verwaltung bei dem Thema.

Der OAL fasst den Beschluss zusammen.

Herr Schurr möchte gerne noch die Aufforderung an den Senat sich beim Bund für weitere Mittel einzusetzen mit aufgenommen haben.

Herr Schwarz bittet darum, den Beschluss im nächsten Regionalausschuss einzubringen.

Ergebnis: 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltung.

TOP 8: Beschlussfassungen

- a) **Flächennutzungsplanung – Beschluss über die Einleitung eines Verfahrens gemäß § 11 Absatz 1 Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter**
- b) **B-Plan 1288 – Bestätigung des Beschlusses des Ausschusses für Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Umwelt vom 11. April 2013**
- c) **Veränderung Auszahlungsrhythmus für Sitzungsgelder**

a. Flächennutzungsplanung – Beschluss über die Einleitung eines Verfahrens gemäß § 11 Absatz 1 Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter

Herr Nowack erklärt, dass der Beirat in seiner Sitzung am 09.09.13 den Beschluss des Ausschusses für Bau, Verkehr und Stadtentwicklung vom 26.08.13 bestätigt habe und damit den Ausführungen der Verwaltung (vorgelegt durch den Vertreter des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr) gefolgt sei. So solle nur eine Randbebauung an der betroffenen Stelle stattfinden.

Anschließend erläutert der OAL das aktuelle Problem. So habe der Senator in der Bauausschusssitzung am 28.10.13 erklärt: *„Er habe deshalb entschieden, den genannten Streifen in der öffentlichen Auslegung des Flächennutzungsplanes herauszunehmen, wohl wissend, dass der Beirat dazu dann eine entgegengesetzte Stellungnahme abgeben wird.“* Dadurch, dass der Flächennutzungsplan nun anders sei, als der am 26.08.13 vorgestellte und vom Beirat beschlossene, habe faktisch keine ordnungsgemäße Beiratsbeteiligung stattgefunden. Nach dem Ortsgesetz wäre der Beirat jedoch zu beteiligen. Den die vom Beirat abgegebene Stellungnahme bezöge sich auf einen anderen Plan als den nun vorliegenden. Der SUBV hätte daher den Beirat zu dem aktuellen Flächennutzungsplan befragen müssen, dies sei jedoch nicht geschehen. Aus diesem Grund besäße der Beirat nun die Möglichkeit nach § 11 OBG über die Herstellung von Einvernehmen zu behandeln.

Herr Schurr beanstandet, dass diese Beschlussvorlage nicht im Koordinierungsausschuss besprochen wurde, daher sei seiner Meinung nach die Beschlussvorlage auch nicht korrekt eingereicht worden und daher dieser TOP nichtig. Den der OAL dürfe nur auf Wunsch oder Aufforderung des Beirats eine Beschlussvorlage erstellen.

Herr Schwarz beantragt die vorgelegte Textfassung in einen Dringlichkeitsantrag der CDU umzuwidmen und dann unter TOP 9 zu behandeln.

Der OAL weist Herrn Schwarz darauf hin, dass dies nicht nötig sei, denn der Beschluss stehe ordnungsgemäß auf der genehmigten Tagesordnung. Er habe diesen Vorschlag in Absprache mit dem Beiratssprecher erstellt. Herr Nowack stellt im weiteren Verlauf die Möglichkeiten der Beiratsmitglieder vor, an dem Beschlussvorschlag noch etwas zu verändern.

Frau Kröger-Schurr ist verwundert warum der OAL nicht von der „Binnendüne“ spricht und stattdessen Flächennutzungsplan verwendet. In der Sitzung mit Herrn Senator Lohse am 28.10.13 sei immer nur von der „Binnendüne“ die Rede gewesen. Die Antwort habe den anderen Parteien nicht gefallen und nun würde so versucht werden, noch etwas an dem Flächennutzungsplan zu ändern.

Frau Stitz merkt an, dass es das gute Recht des Beirats sei, sich über einen nicht beschlossenen Flächennutzungsplan zu beschweren. Insbesondere in dem vorliegenden Fall, da Herr Senator Lohse erst einen anderen Flächennutzungsplan vom Beirat beschlossenen lassen hätte. Der Beirat solle wieder einmal übergangen werden und dies wolle man nicht zu lassen.

Herr Schupp erinnert Frau Kröger-Schurr daran, dass der Senator auf der Bauausschusssitzung von dem Flächennutzungsplan gesprochen habe. Der vom Senator vorgestellte Plan unterscheide sich eindeutig vom vorher beschlossenen und dies würden sie bemängeln.

Herr Schurr erklärt erneut, dass es kein Auftrag seitens des Beirats gegeben habe ein Beschlussvorschlag zu erstellen.

Herr Nowack erläutert ein weiteres Mal den Ablauf des gesamten Vorgangs

Herr Geis stellt einen Antrag auf Beendigung der Debatte

Der Antrag auf Schluss der Debatte wird mit 10 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung angenommen. Frau Krohne war zum Zeitpunkt der Abstimmung abwesend.

Ergebnis: Der Beschlussvorschlag wird mit 9 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen. Frau Krohne war zum Zeitpunkt der Abstimmung abwesend.

b. B-Plan 1288 – Bestätigung des Beschlusses des Ausschusses für Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Umwelt vom 11. April 2013

Herr Nowack erläutert den Hergang des Beschlusses

Ergebnis: Der Beschlussvorschlag wird mit 10 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen und 2 Enthaltung angenommen

c. Veränderung Auszahlungsrhythmus für Sitzungsgelder

OAL erklärt den Grund für den Vorschlag der Haushaltsstelle für eine Veränderung des Auszahlungsrhythmus von drei auf vier Monate. Bei einem dreimonatigen Rhythmus falle das Auszahlungsdatum regelmäßig in Ferienzeiten, in denen die Haushaltsstelle unbesetzt wäre. Somit käme es immer wieder zu Verzögerungen bei der Auszahlung. Dieses könnte bei einem viermonatigen Rhythmus vermieden werden. Da der Koordinierungsausschuss sich nicht zu einer einvernehmlichen Regelung durchringen konnte würde das Thema nun im Beirat besprochen.

Frau Kröger-Schurr stellt den Antrag den Antrag in den Regionalausschuss zu verschieben, da dort alle Beiratsmitglieder aus Bremen-Nord zusammen kommen würden.

Herr Nowack weist darauf hin, dass man dies dem Ausschuss empfehlen könne, heute jedoch eine Entscheidung für Blumenthal gefällt werden müsse.

Frau Krohne teilt mit, dass sie vom Ortsamt Horn erfahren habe, dass es in den Beiräten einen Auszahlungsrhythmus von zwei bis sechs Monaten gebe. Sie sehe daher keine Notwendigkeit, den Rhythmus für Blumenthal zu ändern, vor allem müsse man dann für vier Monate in Vorleistung gehen und dies könnten nicht alle Mitglieder leisten. Sie beantrage daher, den jetzigen Auszahlungsrhythmus beizubehalten.

Herr Nowack verdeutlicht, dass das Ziel des Ortsamtes eine pünktliche Auszahlung der Sitzungsgelder sei.

Frau Stitz spricht sich dafür aus, den vorgeschlagenen Rhythmus auszuprobieren

Herr Schurr erklärt, dass er keinen Anlass sehe den Auszahlungsrhythmus zu verändern.

Herr Geis beantragt das Ende der Debatte.

Der Antrag auf Ende der Debatte wird mit 10 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimme und 0 Enthaltung angenommen.

Ergebnis: Der Beschlussvorschlag wird mit 9 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltung angenommen

TOP 9: Anfragen und Anträge der Parteien

- a. **SPD – Bibliothek Blumenthal in Stadtteilbibliothek integrieren**
- b. **Die Linke – Antrag zu den öffentlichen Bücherregalen in Blumenthal**

- c. **Die Linke – Anfrage zu den Kosten des Tanklagers Farge**
- d. **Die Linke – Antrag für eine Carsharing-Station in Blumenthal**
- e. **CDU – Blumenthal braucht keine Sozialquote für den Wohnungsbau**
- f. **SPD – Antrag Entwicklung Bunker Valentin**
- g. **CDU – Dringlichkeitsantrag – Sachstand zur möglichen Stilllegung Tanklager Farge**

a. SPD – Bibliothek Blumenthal in Stadtteilbibliothek integrieren

Herr Nowack rekapituliert den Antrag der SPD und erläutert, dass das Thema auch schon intensiv in den Medien diskutiert wurde.

Herr Schwarz möchte das Wort „Begründung“ in dem Antragstext gestrichen wird, da diese nicht weitergereicht werden würden.

Frau Krohne möchte wissen, ob der Antrag mit den Betreibern der freiwilligen Bibliothek abgesprochen wäre, oder von der SPD alleine entschieden worden wäre.

Herr Schupp erklärt, dass dies mit den Leuten der Bibliothek abgesprochen wäre und er vor Antragstellung mit den Leuten persönlich gesprochen habe.

Herr Klingenberg ergänzt noch einen weiteren Satz zu dem Antrag.
„Wenn die Wiedereingliederung der Blumenthaler Bibliothek in die Stadtbibliothek nicht möglich ist, soll der Senat prüfen, ob die ehrenamtliche Bibliothek die Räume der ehemaligen Stadtbibliothek Blumenthal nutzen kann“

Herr Schwarz ergänzt weiter: „... und kostenlos zu Verfügung gestellt werden.“

Ergebnis: 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen
Der Antrag wird somit angenommen.

b. Die Linke – Antrag zu den öffentlichen Bücherregalen in Blumenthal

Herr Thormeier stellt somit fest, dass es bereits öffentliche Bücherregale in Blumenthal bzw. Bremen-Nord gebe

Frau Krohne erklärt, dass sie wirklich kostenlose Regale anstrebe und nicht solche, bei denen ein hoher Druck herrsche, dennoch was zu geben. Es solle jeder Bürger Bücher entnehmen und einstellen können.

Herr Geis möchte wissen, ob Frau Krohne mit den Mitarbeitern des Ortsamtes gesprochen hätte.

Frau Krohne verneint dies, aber man könne jetzt klären, ob die Ortsamtsmitarbeiter bereit wären.

Herr Thormeier vertritt die Auffassung, dass jemand für die Pflege der Bücherregale zuständig sein müsse und stellt den Antrag, den letzten Satz des Antrags zu streichen.

Herr Nowack erklärt hierzu, dass es nicht die Aufgabe des Ortsamtes wäre, öffentliche Bücherregale zu beaufsichtigen und dies platz- sowie leistungsmäßig nicht zu schaffen sei.

Frau Krohne äußert sich, dass es ihr klar gewesen wäre, dass der OAL es nicht mit Literatur hätte.

Der OAL rügt Frau Krohne für diese Aussage und fordert sie auf, niemanden zu beleidigen.

Daraufhin erklärt Frau Krohne, dass sie damit lediglich eine ideelle Unterstützung des Ortsamts meine, und bietet an, den letzten Satz des Antrags streichen zu lassen.

Frau Stitz möchte geklärt haben, wer denn nun die Regale pflegen würde.

Herr Schurr fordert das Ende der Debatte, worauf es keine Einwände gibt.

Über den geänderten Antrag wird abgestimmt.

Ergebnis: 5 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen

Der Antrag wird somit abgelehnt

c. Die Linke – Anfrage zu den Kosten des Tanklagers Farge

Ohne weitere Aussprache wird über die Anfrage abgestimmt.

Ergebnis: 4 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen, 2 Enthaltung

Die Anfrage wird damit angenommen

d. Die Linke – Antrag für eine Carsharing-Station in Blumenthal

Herr Geis erklärt, dass er sich über solche Anfragen ärgere, da es den Adressaten egal sei, was der Blumenthaler Beirat beschließe, da sie als privates Unternehmen nur nach marktwirtschaftlichen Interessen entscheiden, wo sie Station aufbauen würden. Er hätte mit der Ansprechpartnerin des Unternehmen „Cambio“ gesprochen und in Erfahrung gebracht, dass Blumenthal als Standort aktuell nicht in Betracht käme. Außerdem stelle Die Linke erneut einen Antrag indem Sie das Ortsamt auffordere, tätig zu werden, dies könne sie in Ihrer Funktion als Fraktionsvorsitzende der Linken selbst tun. Trotzdem finde er die Idee nicht schlecht, dennoch wäre zu dieser Zeit eine Einbringung in den Beirat überflüssig.

Für Herr Schurr sei die Anfrage gerechtfertigt, da es sich um eine klare politische Forderung handle, die im Beirat besprochen werden könne. Ferner sei es auch korrekt, dass das Ortsamt die politischen Beschlüsse umsetzen müsse, da sie Verwaltungsakte darstellen würden.

Herr Nowack ist der Auffassung, dass es am einfachsten wäre eine Station in Blumenthal aufzubauen, wenn sich genügend Personen aus Blumenthal bei Cambio anmelden würden. Er könne ja keine Umfrage erstellen bzw. in Blumenthal von Haus zu Haus gehen und jeden Bürger einzeln fragen. Grundsätzlich sei er für Carsharing und gehöre selbst einer solchen Gemeinschaft an.

Herr Schwarz beantragt den letzten Satz zu streichen und stattdessen den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr aufzufordern, sich mit den zuständigen Personen in Verbindung zu setzen.

Frau Krohne erklärt, dass sie damit einverstanden sei

Über den geänderten Antrag wird abgestimmt.

Ergebnis: 11 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen, 1 Enthaltungen

Der geänderte Antrag wird damit angenommen.

e. CDU – Blumenthal braucht keine Sozialquote für den Wohnungsbau

Ohne weitere Aussprache wird über den Antrag abgestimmt.

Ergebnis: 4 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen

Der Antrag wird damit abgelehnt.

f. SPD – Antrag Entwicklung Bunker Valentin

Herr Schwarz wirft ein, dass das Wort „Begründung“ im Antrag gestrichen wird.

Über diesen geänderten Antrag wird abgestimmt.

Ergebnis: 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Der Antrag wird damit angenommen.

g. CDU – Dringlichkeitsantrag – Sachstand zur möglichen Stilllegung Tanklager Farge

Es wird über die Dringlichkeit des Antrags abgestimmt.

Ergebnis: 5 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen

Somit wird der Dringlichkeitsantrag abgelehnt und in der nächsten Sitzung am 09.12.13 wieder aufgerufen.

TOP 10. Verschiedenes

Herr Nowack gibt folgende Termine bekannt:

15.11.2013

11.30 Uhr Spatenstich für die Erweiterung der Erschließung des BWK-Geländes mit
Bürgermeister Jens Böhrnsen

15.11.2013

16.00 Uhr „Beirat vor Ort“ – Besichtigung der BWK-Chemiefaser GmbH

13.12. bis

15.12.2013 „Burgleuchten“ – Blumenthaler Weihnachtsmarkt auf der Burg Blomendal

09.12.2013

19.00 Uhr öffentliche Beiratssitzung in den Sandwehen u.a. mit den Themen „Budget
2014 für Kinder –und Jugendförderung“ „Bildungsbrücke Blumenthal“ und
„Flächennutzungsplan Lüssum-Bockhorn“

04.12. bis

06.12. „Fantausch“ mit Werder Bremen und HSV in Blumenthal und Bremen-Nord
nachmittags auf Sport 1

Herr Nowack schließt die Sitzung um 21.20 Uhr.

Ortsamtsleiter

Beirat (Herr Geis)

Protokoll